

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

43. Sitzung
2. Dezember 2024

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.02 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Christoph Wapler (GRÜNE) fragt, welche Auswirkungen die Kürzungen der Verkehrsmittel und die absehbaren Tarifsteigerungen voraussichtlich auf das Jahresergebnis 2025 der BVG hätten.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, die BVG habe hierzu mitgeteilt, dass sie bezogen auf den im Senat beschlossenen Entwurf des Dritten Nachtragshaushaltsgesetzes für 2025 in etwa von einem Ergebnis auf dem Niveau von 2024 ausgehe; die Kürzungen seien im Wesentlichen berücksichtigt. Die Tarifverhandlungen begannen allerdings in der Hauptsache erst 2025. Daher könne die BVG zu den finanziellen Auswirkungen noch keine Prognose abgeben. Konkretes könne erst nach dem Tarifabschluss mitgeteilt werden.

Christoph Wapler (GRÜNE) fragt nach, welche eigenen Vorstellungen und Pläne die Wirtschaftssenatorin und BVG-Aufsichtsratsvorsitzende habe, um die BVG-Krise zu lösen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) macht geltend, dass Vorstellungen zu einer Krisenlösung nicht Gegenstand der Frage gewesen seien. Sie sei sich der Verantwortung als Aufsichtsratsvorsitzende bewusst. Der Aufsichtsrat befasse sich damit, dass die BVG zu-

kunfts-fähig aufgestellt werde und die Herausforderungen meistern könne. Dies betreffe den Infrastrukturausbau, die personelle Aufstellung und innovative Projekte. Im Zuge des Wechsels im Vorstand habe man sich mit der Zwischenphase bis zur Neubesetzung befasst. Darüber hinaus würden der Fuhrpark, die Betriebsabläufe und Managementfragen angegangen. Pünktlichkeit und Verlässlichkeit der Leistungserbringung stünden im Fokus. Zudem bestehe Interesse an der finanziellen Stabilität des Unternehmens. Die Auswirkungen des Tarifabschlusses werde man sich im nächsten Jahr genau anschauen und ggf. umsteuern müssen.

Tamara Lüdke (SPD) fragt mit Bezug auf das „Aktionskonzept Digitalisierung der Berliner Verwaltung für die Wirtschaft 2024-2026“, das die Wirtschaftssenatorin heute vorgestellt habe, wie die aktuelle Situation bei der Digitalisierung der Berliner Wirtschaft sei und welche Rolle die DAB dabei spiele.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, das Aktionskonzept umfasse drei große Themenfelder, die sich u. a. mit der Infrastruktur – Gigabitstrategie, Ausbau von 5G, Breitband und Glasfaser – befassten. Bei 5G und Breitbandversorgung sei man schon weit über 90 Prozent. Beim Thema Glasfaser habe man stark aufgeholt, durch die Beschleunigungsmaßnahmen werde man von 17 auf 50 Prozent Anfang 2025 kommen. Das Ziel flächendeckend Glasfaser bis 2028 werde man erreichen, was für die Berliner Wirtschaft wichtig sei. Etwa ein Viertel der Onlineleistungen der Berliner Verwaltung liefen bei SenWiEnBe. Der größte Teil seien Gewerbean- und -ummeldungen, Eintragungen in die Handwerksrolle, Anerkennungen von Berufsabschlüssen. Mittlerweile würden etwa 80 000 Onlineleistungen in 83 Leistungskategorien im Jahr erbracht. SenWiEnBe wolle dies deutlich ausbauen und werde 2025 einen Schwerpunkt auf die Anerkennung von Berufsabschlüssen setzen. 2025 wolle man von 83 auf 301 Leistungskategorien kommen.

Die DAB unterstütze Unternehmen bei der Digitalisierung, kümmere sich um Cyberkriminalität, Webauftritte, Onlinevermarktung, Beratung zu Fördermöglichkeiten und vernetze die Digitallandschaft Berlins. SenWiEnBe werde die DAB auch 2025 finanziell unterstützen, damit sie diese Leistungen für die Wirtschaft erbringen könne. Ziel sei, 2025 1 000 weitere Unternehmen zu betreuen. Berlin müsse auf Digitalisierung setzen, um international wettbewerbsfähig zu sein. Die Unternehmen und die Verwaltung müssten sich hier auf den Weg machen.

Tamara Lüdke (SPD) erkundigt sich nach der künftigen Unterstützung des Senats bei der Digitalisierung von Berliner Unternehmen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, die DAB habe 2025 ein Budget von 3 Mio. Euro. Man werde die Förderprogramme für Innovationen fortführen. Die Stärkung der Digitalisierung werde mit der Gigabitstrategie einhergehen. Sie verweise auf die Zusammenarbeit mit elf Telekommunikationsunternehmen und den Gigabitmonitor, der den Glasfaserausbau aufzeige. Der digitale Wirtschaftsservice werde weiter ausgebaut. Mit den Bezirken gebe es eine enge Zusammenarbeit. Das Thema digitales Bezahlen sei wichtig. 2025 sollten flächendeckend Zahlungen über PayPal ermöglicht werden. Sechs Bezirke seien schon so weit, man werde aber erst starten, wenn alle Bezirke fertig seien.

Damiano Valgolio (LINKE) greift auf, dass im Nachtragshaushalt für 2025 Kürzungen von 3 Mrd. Euro vorgesehen seien, zu einem erheblichen Teil im Etat der SenWiEnBe bei der Wirtschaftsförderung, obwohl die wirtschaftliche Situation auch in Berlin nicht so rosig sei

wie noch vor einigen Jahren. Wie solle verhindert werden, dass sich diese Kürzungen im nächsten Jahr nachteilig auf die Konjunktur in Berlin auswirken?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) schildert, dass nach Gewinnabführungen von BSR und BWB ein Konsolidierungsbeitrag von 99 Mio. Euro verbleibe. Nach Akquirierung einer Bundesförderung für Wasserstofftankstellen könne man 625 000 Euro Landesmittel einsparen. Bei Reallaboren könne ein Teil durch Bundesmittel finanziert werden. Man habe teilweise Angebote heruntergefahren und neue Programme nicht gestartet. Mittel aus den Hilfen der Coronazeit, die man während der Energiekrise als Kriegsfolge verwendet habe, würden nun sukzessive heruntergefahren. Nach der Corona- und der Energiekrise müsse man wieder auf einem normaleren Level ankommen. Dementsprechend müssten Mittel zur Akutkrisenhilfe abgeschmolzen werden. SenWiEnBe habe dies mit allen Partnern besprochen. Das konsolidierte Budget werde zu ein paar Einschränkungen führen, die aber tragbar seien. Die vorhandenen Mittel müssen effizient eingesetzt und vollständig verausgabt werden.

Damiano Valgolio (LINKE) stellt die Nachfrage, warum nicht auch schon für 2024 die Möglichkeit der Konjunkturkredite genutzt worden sei, um verschiedene Maßnahmen der Wirtschaftsförderung zu finanzieren und weniger Einschränkungen vornehmen zu müssen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, 2024 würden die geplanten Mittel umgesetzt. Man nutze alternative Finanzierungsformen, v. a. Förderprogramme des Bundes. Jede Schuldenaufnahme, auch wenn sie schuldenbremsenkonform sei, müsse gerechtfertigt sein. 2024 habe man bereits strukturelle Einsparungen erbracht, z. B. beim Kreativfestival, Fonds Ökologischer Tourismus, bei der Digitalprämie und den Liquiditätshilfen für Energie. Insofern sei man mit den Mitteln gut ausgekommen. Im nächsten Jahr könne man immer noch über Konjunkturkreditaufnahmen sprechen, wenn man sie wirklich brauche.

Frank-Christian Hansel (AfD) äußert, es gebe offenbar Probleme bei der Messe, es habe den Rücktritt von Herrn Andresen vom DEHOGA Berlin gegeben. Könne die Senatorin etwas zu den Gründen sagen? Wie wolle sie diese Position neu besetzen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) teilt mit, dass Herr Andresen erst im Juni in den Aufsichtsrat gekommen sei. Es habe sich um drei Monate aktive Mitgliedschaft nach der Sommerpause gehandelt. Sie habe von seiner Entscheidung aus der Presse erfahren und könne diese nicht bewerten. Der Aufsichtsrat habe dem Messechef in seiner letzten Sitzung unter Beteiligung von Herrn Andresen sein Vertrauen und seine Rückendeckung ausgesprochen. In der Öffentlichkeit geäußerte Vorwürfe hätten sich nicht bewahrheitet. Die Staatsanwaltschaft habe Anzeigen komplett abgewiesen. Die Tätigkeit der Messe sei sehr gut. 2024 sei ein erfolgreiches Jahr gewesen.

Frank-Christian Hansel (AfD) erkundigt sich nach der Nachbesetzung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf SenFin. Über eine Entscheidung der SenFin habe sie noch keine Kenntnis.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0127](#)
Leistbare Gewerbeflächen sichern und entwickeln
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) WiEnBe
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0054](#)
Stand der Umsetzung und Nutzung des
Gewerbeflächenkatasters
(auf Antrag der AfD-Fraktion) WiEnBe
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0194](#)
Neuer Wirtschaftsstandort Buchholz Nord –
Aktueller Stand und Perspektiven
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

- Vorlage – zur Beschlussfassung – [0219](#)
Drucksache 19/2050 WiEnBe
Zweites Gesetz zur Änderung des
Übernachtungssteuergesetzes Haupt

– Vorabüberweisung –

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, es handele sich um Haushaltskonsolidierung durch Einnahmeerhöhungen, damit die 3 Mrd. Euro nicht nur durch Kürzungen erbracht würden. Die Einnahmeerhöhungen betrügen insgesamt 400 Mio. Euro. Die Übernachtungssteuer sei dabei ein Thema. Die Akteure der Branche seien davon nicht begeistert. Allerdings liege die Übernachtungssteuer in Brandenburg ebenfalls bei 7,5 Prozent, sodass es sich letztendlich um eine Angleichung in der Metropolregion handle. Die Mehreinnahmen würden auf 45 Mio. Euro geschätzt. Übernachtungsgäste leisteten damit einen höheren Beitrag für die Nutzung der öffentlichen Infrastruktur und der Kulturangebote. Die Kritik der Branche werde mit Übergangsregelungen für bereits bis zum 31. Dezember 2024 gebuchte Übernachtungen im Jahr 2025 berücksichtigt, für die weiterhin 5 Prozent erhoben würden, damit die Branche nicht auf den entsprechenden Mehrkosten sitzenbleibe. Von der Erhöhung ausgenommen würden Klassen- und Bildungsfahrten. Nachdem beruflich und privat veranlasste Aufwendungen für entgeltliche Übernachtungen seit dem 1. April 2024 gleich behandelt würden, sei die Privilegierung langfristiger privater Übernachtungen überholt, sodass die 21-Tage-Regelung künftig entfallen werde. Ab 1. Januar 2026 werde der Besteuerungszeitraum auf das Kalendervierteljahr bezogen, sodass die Beherbergungsbetriebe weniger Bürokratieaufwand hätten. SenWiEnBe sei mit der Branche weiter im Gespräch. Das Neustartprogramm laufe leicht eingeschränkt weiter, der HOGA-Campus werde weiterverfolgt.

Julian Schwarze (GRÜNE) erklärt, dass die Erhöhung der Steuer nachvollziehbar sei. Allerdings sei bereits eine Klage angekündigt worden. Wie bewerte die Senatorin diese Ankündigung? Die Einsparungen des Senats betreffen auch den Tourismus in der Folgewirkung. Wenn es bspw. weniger Kulturangebote gebe, seien die Anreize für Menschen, nach Berlin zu kommen, geringer. Sollten die Mehreinnahmen aus der City-Tax für Bereiche verwendet werden, bei denen jetzt eingespart werde, oder würden diese einfach nur dem Haushalt zufließen? Im Haushalt würden drei Titel in drei Einzelplänen aus der City-Tax gespeist.

Martin Trefzer (AfD) hebt hervor, dass die Erhöhung um 50 Prozent wirtschaftspolitisch kontraproduktiv sei, denn der Tourismus sei eine entscheidende Säule des Wirtschaftsstandorts Berlin. Mit dieser Erhöhung werde Berlin im touristischen Wettbewerb zurückfallen, sodass es am Ende auch weniger Einnahmen geben werde. Der Wegfall der 21-Tage-Regelung für Geschäftsreisende werde mit voller Wucht auf den Gewerbestandort Berlin durchschlagen. Er erwarte, dass sich die Wirtschaftssenatorin in die Bresche werfe und in der Koalition deutlich mache, dass die Änderungen gegen die Interessen Berlins wirkten. In deutschen Städten würden in der Regel 4,5 oder 5 Prozent erhoben. Die Erhöhung werde sich vor allem im nationalen und internationalen Wettbewerb auswirken; Berlin stehe nicht im Wettbewerb mit Brandenburg. Im Gegensatz zu anderen Städten gebe es in Berlin keine Erleichterungen für Kinder. Dass auch Kinder belastet würden, sei eine familienfeindliche Maßnahme. Es wäre sinnvoll, den Steuersatz in Monaten mit wenig Tourismus, z. B. Februar oder November, tiefer anzusetzen als im Juli und August, um eine Steuerungswirkung zu erreichen.

Frank-Christian Hansel (AfD) plädiert dafür, die City-Tax insgesamt abzuschaffen, um dem Tourismus zusammen mit einer Marktkampagne einen Push zu geben. Seine Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen, weil diese zu einer starken Belastung führen werde. In Bezug auf die Stadtreidite könne es sich Berlin nicht leisten, weitere Einbußen zu erleiden.

Dr. Alexander King (fraktionslos) äußert, dass die Erhöhung haushaltspolitisch nachvollziehbar sei. Mit welchen Auswirkungen auf den Tourismus rechne SenWiEnBe? Denn eine Erhöhung um 50 Prozent sei nicht wenig. Zum Vergleich sollten nicht Brandenburg, sondern andere große Städte wie Hamburg mit 4 Prozent herangezogen werden. Auf welcher Basis seien Gespräche mit dem DEHOGA geführt worden? Gebe es auch ein Entgegenkommen?

Christian Gräff (CDU) gesteht zu, dass die Maßnahme wirtschaftspolitisch „nicht schön“ sei und den Koalitionsfraktionen schwerfalle, aber in der Abwägung vertretbar sei. Es gebe keine Vorschläge, wo dieser Betrag im Wirtschaftsetat an anderer Stelle eingespart werden könnte. Keine Einsparung sei im Interesse Berlins; wenn die Steuereinnahmen sprudelten und man mehr ausgeben könnte, wäre dies besser. Die Vorlage enthalte gute Übergangsregelungen. Dass die AfD schwarzmale, sei ihr Job; er teile diese Auffassung nicht. Das Verfahren zum ICC habe begonnen. Damit könne das Wachstum stimuliert werden, denn bei Großkongressen sei Berlin im Moment international nicht wettbewerbsfähig. Die Koalition habe die Weichen gestellt, dass Berlin einen oder mehrere Standorte dafür bekommen werde. Ansonsten sei die Messe Berlin sehr erfolgreich. Im europäischen und internationalen Vergleich sei Berlin bei den Hotelpreisen sehr wohl wettbewerbsfähig, weil die Durchschnittsraten deutlich niedriger seien. Die wesentlichen Steigerungen bei Berlin Partner und „visitBerlin“ würden nicht zurückgenommen, damit der Standort Berlin und neue Streckenverbindungen beworben werden könnten und noch mehr Menschen nach Berlin kämen, was auch der Hotellerie zugutekomme.

Jörg Stroedter (SPD) verweist darauf, dass der Haushalt von 30 Mrd. Euro 2019 auf 40 Mrd. Euro 2024 angewachsen sei. Daher könne nicht so getan werden, als ob nun die absolute Notlage ausgebrochen sei. Dass der Haushalt wieder heruntergefahren werden müsse, sei klar. Der DEHOGA sei mit der Erhöhung der Übernachtungsteuer sehr unzufrieden, zu bedenken sei jedoch, dass man im Tourismusbereich eine riesige Erfolgsgeschichte, lediglich unterbrochen durch die Coronajahre, zu verzeichnen habe. Die weitere Entwicklung bleibe abzuwarten. Ohne Steuererhöhungen hätten die Einsparungen noch größer ausfallen müssen. Im Wirtschaftsetat hätten viele Projekte gerettet werden können. Die Zahlen bei Berlin Partner, „visit-Berlin“ und Messe Berlin seien gut. Die Erhöhung der Übernachtungsteuer sei angemessen, auch wenn diese aus wirtschaftspolitischer Sicht bedauerlich sei.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) teilt mit, dass die Mehreinnahmen bei SenFin vereinnahmt würden und erst einmal der Konsolidierung dienen. Es sei nicht vorgesehen, dass sie direkt in Tourismusförderprojekte fließen. Die vorgesehenen Tourismusförderprojekte für die Bezirke würden fortgeführt.

Für 2024 würden erstmals seit Corona wieder mehr als 30 Mio. Übernachtungen erwartet. Dabei profitiere man von Fußball-EM, Marathon- und Mauerfalljubiläum. Im Oktober sei eine Steigerung der Auslastung von 76,9 auf 81 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verzeichnet worden. Die durchschnittliche Zimmerrate sei von 128 auf 127 Euro gesunken, der Revenue per available Room von 98,64 auf 103 Euro gestiegen. Im Vergleich zum europäischen Gesamtmarkt sei die Auslastung in Berlin mit plus 2,3 Prozent überdurchschnittlich. Die Passagierzahlen am BER seien im Oktober um 8,5 Prozent gestiegen. Die Besucherzahlen der Kultur- und Freizeiteinrichtungen hätten weiterhin unter dem Vorjahresniveau gelegen. Wenn man die Tourismuszahlen betrachte, könne man nicht sagen, dass Berlin abfalle. Mit den Übergangsregelungen gebe man allen die Chance, sich auf die Steuererhöhung einzustellen. Die Steuersätze nach Monaten zu differenzieren, würde zu einem Chaos führen, denn es gebe auch monatsübergreifende Buchungen. Ein Steuersatz führe zu Verlässlichkeit.

Der Austausch mit dem DEHOGA laufe regelmäßig zu verschiedenen Themen. Mit den Übergangsregelungen und der Befreiung von Bildungs- und Klassenfahrten komme man der Branche entgegen.

Der **Ausschuss** beschließt, die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2050 zu empfehlen.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Schaustellergewerbe innerstädtisch erhalten
(auf Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD)

[0149](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 29.01.2024

Christoph Wapler (GRÜNE) erkundigt sich nach dem aktuellen Stand beim Zentralen Festplatz, der im StEP Wohnen immer noch als Potenzialfläche für Wohnungsbau ausgewiesen sei. Der Nutzungsvertrag mit dem Schaustellergewerbe laufe seines Wissens 2028 aus.

Frank-Christian Hansel (AfD) verweist darauf, dass sich eine Ausweichfläche für den Zentralen Festplatz auf dem Tempelhofer Feld, z. B. für Oktoberfeste, anbieten würde.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) unterstreicht, dass der Vertrag perspektivisch auslaufe, sodass es Gespräche mit Bezirk und SenStadt über eine eventuelle Vertragsverlängerung vor dem Hintergrund der Wohnungsbauplanungen gebe. Im Januar wolle man fertig sein. Abfragen bei allen Bezirken hätten ergeben, dass größere Ausweichflächen nicht zur Verfügung stünden. Das Tempelhofer Feld komme aus verschiedenen Gründen nicht unmittelbar in Betracht. Daher müsse dem Schaustellergewerbe am Ort Sicherheit gegeben werden. Der Zentrale Festplatz werde zunächst gesichert. Im Januar könne sie Genaueres sagen.

Christian Gräff (CDU) kündigt an, dass die Koalitionsfraktionen zeitnah einen Antrag einbringen würden. Wenn der Standort mittelfristig oder nicht für Wohnungsbau genutzt werde, müsse es eine Sicherheit geben. Er könne sich andere Standorte vorstellen, aber nur, wenn sie mit Investitionsmaßnahmen begleitet würden. Zudem sollten Schaustellern in den Bezirken temporär Plätze für kleinere Feste und Weihnachtsmärkte unkompliziert und schnell zur Verfügung gestellt werden. Dafür sollte bei den entsprechenden BzStR geworben werden, denn dieses Problem sei bislang nicht zufriedenstellend gelöst.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1636

[0191](#)
WiEnBe

**Berliner Warenhausstandorte erhalten, Solidarität
mit den Beschäftigten, Nahversorgung sichern!**

Damiano Valgolio (LINKE) beantragt den 31. Januar 2025 als neuen Berichtstermin. Der Antrag sei nicht mehr in allen Punkten aktuell, nachdem inzwischen leider zwei Kaufhausstandorte geschlossen worden seien. In Spandau sei es mit Unterstützung der SenWiEnBe gelungen, das Kaufhaus zu retten. Trotzdem sei der Antrag weiterhin notwendig, weil es auch um weitere erforderliche Maßnahmen gehe, um die Kaufhäuser in Berlin zu stabilisieren, u. a. mit der Option, die Kaufhausimmobilien in öffentliche Hand zu bekommen. Im Senat gebe es bereits Überlegungen, zumindest über Vorkaufsrechte die Möglichkeit zu schaffen, öffentliches Eigentum an Kaufhausimmobilien zu erlangen. Am Alexanderplatz sei ein neuer Standort bedroht. Könne die Senatorin über die Gespräche mit der Commerz Real AG berichten?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) betont, dass die Erhaltung von Warenhäusern und aktiven Zentren wichtig sei. Nach dem Zentren Gipfel seien bereits elf von zwölf Bezirksgesprächen geführt worden. Zu den Warenhausstandorten gebe es eine enge Zusammenarbeit mit den Bezirken. Warenhäuser müssten sich verändern, um attraktiver als der Onlinehandel zu werden. Den Standort Spandau habe man retten können, für die Standorte Tempelhof und Lichtenberg bestünden Entwicklungsperspektiven für eine Nach- bzw. Zwischennutzung. Zu Galeria am Alexanderplatz habe ein Gespräch mit der Commerz Real AG stattgefunden, in dem man deutlich gemacht habe, dass ein Leerstand von zwei Jahren für einen

Umbau keine Option sei und Baumaßnahmen für Brandschutzertüchtigung usw. im laufenden Betrieb erfolgen sollten. Galeria werde ein Konzept für das künftige Warenhaus erstellen, über das die Commerz Real AG in Verhandlungen eintreten solle. Über die mietvertraglichen Bedingungen bestehe noch keine Einigkeit. Man müsse von der derzeitigen Duldungssituation wegkommen. Beide Seiten seien zum Dialog bereit. Das Warenhaus verzeichne gute Umsätze. SenWiEnBe werde dabei unterstützen, dass es im ersten Quartal zu einer Einigung über die offenen Fragen komme, und sehe hier wie die Senatsbaudirektorin und der Finanzstaatssekretär weiterhin einen Warenhausstandort; für andere Wünsche der Commerz Real hinsichtlich der ZLB, die das Land finanzieren solle, sei aktuell auch kein Geld vorhanden. Galeria plane Umbauten am Kurfürstendamm, Hermannplatz, Alexanderplatz, in der Schlossstraße und in Tegel. In Spandau werde ein gesonderter Zugang geprüft. Eine Veränderung der Standorte sei wichtig, um mit modernen, teilweise hybriden Angeboten erfolgreich zu sein.

Christian Gräff (CDU) spricht sich dafür aus, die Warenhausstandorte möglichst zu erhalten. Der Standort am Alexanderplatz sei ein herausragender Warenhausstandort; der Eigentümer habe vielleicht eine falsche Vorstellung von den Möglichkeiten des Landes Berlin und schätze den Standort u. U. nicht realistisch ein, denn ein paar hundert Meter weiter werde ein Shop-in-Shop-System bereits sehr erfolgreich betrieben. Anmietung oder Kauf für ZLB, Bürgeramt oder Kita seien finanziell bzw. vom Flächenbedarf her vollkommen unrealistisch. Im städtebaulichen Vertrag seien Einzelhandel und Warenhaus festgelegt. Das Land Berlin wolle keine andere Nutzung und sollte dem Eigentümer kein anderes Angebot machen. Die Senatorin sei sehr aktiv gewesen, habe an allen Standorten auf die Eigentümer eingewirkt und für die Warenhausstandorte gekämpft. Daher könne er den Inhalt des Antrags nicht teilen.

Christoph Wapler (GRÜNE) bemerkt, der Kultursenator habe im Hinblick auf den Standort am Alexanderplatz eine etwas unglückliche Rolle gespielt. Wenn es um die Erhaltung von Warenhausstandorten gehe, werde man sich aber mit Transformation, Revitalisierung und Mischnutzungen beschäftigen müssen. Der Status quo werde nicht reichen. Für die Shoppingcenter gelte das Gleiche. Notwendig seien neue Angebote. Dabei spiele auch die öffentliche Hand mit öffentlichen Angeboten eine Rolle. Riesige Einzelhandelsflächen seien nicht mehr zeitgemäß. Bei einem Umbau müsse auch der Eigentümer seine Miete- und Renditeerwartungen herunterschrauben. Entscheidend sei, langen Leerstand zu vermeiden. Die Revitalisierung eines geschlossenen Warenhausstandortes dauere bis zu fünf Jahren. Jeder Leerstand habe negative Auswirkungen auf das Umfeld in den Zentren und Einkaufsstraßen. Der Antrag sei gut und richtig und könne als Anshub zur Verbesserung der Lage betrachtet werden, nachdem es viele Ankündigungen und Auftaktveranstaltungen gegeben habe.

Sebastian Scheel (LINKE) begrüßt, dass die Commerz Real die Immobilie nicht so schnell „versilbern“ könne; Alleingänge wie die des Kultursenators sollten künftig vermieden werden, weil sie das Land kommunikativ in eine Problemlage brächten. Der letzte großflächige Einzelhandelsstandort im Osten Berlins sei mit besonderem Augenmerk und Engagement zu behandeln. Er hoffe, dass die Warenhausstandorte nach dem Weggang von Signa kaufmännisch und nicht nur immobilienwirtschaftlich betrachtet würden. Diese müssten auch neue Funktionen erfüllen, damit sie weiterhin Zustrom bekämen. Man sollte aber um diese Standorte kämpfen. Wenn diese nicht mehr funktionierten, müsse sich die Kommune um Nachnutzungen kümmern, damit kein toter Raum entstehe. Auch die Möglichkeit, Eigentum an diesen Immobilien zu erwerben, müsse geschaffen werden.

Christian Gräff (CDU) äußert, dass er die Ausführungen des Vorredners teile, aber in dem Antrag mehr stehe, was Teil des Problems sei. Es wäre schön, wenn sich die öffentliche Hand auch um den Raum drum herum kümmern und ihn sicherer und attraktiver machen würde. Er verweise auf den Alexanderplatz wie auch auf die Wilmersdorfer Straße, wo schon mehrere Warenhäuser leer stünden. Die Koalition wolle den Umbau des öffentlichen Raumes forcieren. Attraktive Zentren müssten in der Nutzung gemischt sein, auch mit einer öffentlichen Nutzung. Als erste Priorität sei aber das Signal auszusenden, dass der Standort Alexanderplatz ein Warenhausstandort sei. Wenn der Eigentümer auf Anmietung/Kauf durch die öffentliche Hand spekuliere, riskiere er Leerstand, was er dann seinen Aktionären erklären müsste.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1636 – auch mit geändertem Berichtsdatum 31. Januar 2025 – zu empfehlen.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.